
Allgemeine Kaskoversicherungsbedingungen von Wassersportfahrzeugen (AVBK Wassersport 2011)

Inhaltsverzeichnis der AVBK Wassersport

Art. 1	Gegenstand der Versicherung	2
Art. 2	Versicherungsgrundlage	2
Art. 3	Geltungsbereich	2
Art. 4	Umfang der Versicherung	2
Art. 5	Ausschlüsse	3
Art. 6	Verschulden	4
Art. 7	Versicherungssumme, Versicherungswert, Unterversicherung	4
Art. 8	Prämie	5
Art. 9	Anzeige von Gefahrumständen bei Vertragsabschluss	5
Art. 10	Gefahrerhöhung	5
Art. 11	Obliegenheiten zur Verminderung der Gefahr	5
Art. 12	Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles	6
Art. 13	Ersatzleistung	7
Art. 14	Selbstbehalt	7
Art. 15	Klagefrist	7
Art. 16	Kündigung	7
Art. 17	Vertragsdauer	7
Art. 18	Sachverständigenverfahren	8
Art. 19	Gerichtsstand	8
ANHANG		9

Art. 1 Gegenstand der Versicherung

Gegenstand der Versicherung sind die in der Police bezeichneten Wassersportfahrzeuge inklusive fest eingebauter Einrichtungen. Insbesondere gelten

1. Bootskörper, einschließlich Deckauf- und Kajüteneinbauten, Ruder, Selbststeueranlagen, Ankereinrichtungen, Winschen, Masten und Spieren, stehendes und laufendes Gut, Segel
2. Maschine oder Motor, einschließlich Schraube, Welle, Getriebe, Batterie, Lichtmaschine und Anlasser
3. fest eingebaute nautische Instrumente, Leinen, Rettungsgeräte, Persenninge, Riemen, Paddel, Staken, Positionslaternen, Fender und übliches zum Bootsbetrieb gehörendes Werkzeug

als versichert.

Nicht fest eingebaute Einrichtungen/Gegenstände (z.B.: Reservemotor, Flautenschieber, Beiboote, nicht fest eingebaute nautische Instrumente, Fernseher, Radios, etc.) sind nur bei gesonderter Vereinbarung mitversichert.

Der Trailer kann gegen die Gefahren Transportmittelunfall, Diebstahl des gesamten gesicherten Fahrzeuges, Brand, Blitzschlag, Explosion oder höhere Gewalt mitversichert werden, sofern dieser summenmäßig im Antrag angeführt ist.

Ausgeschlossen von der Versicherung sind Geld und geldwerte Papiere, Dokumente, Wert- und Schmucksachen, Lebens- und Genussmittel, Wäsche und Geschirr, Matratzen und Bettbezug, u.ä. üblicherweise mitgeführte Gegenstände.

Klarstellung: Die Haftung gegenüber Dritten ist nicht Gegenstand dieser Versicherung.

Art. 2 Versicherungsgrundlage

Soweit in diesen Allgemeinen Bedingungen und in der Police keine besondere Regelung getroffen ist, gelten die einschlägigen österreichischen Gesetze.

Art. 3 Geltungsbereich

Die Versicherung gilt innerhalb des vertraglich festgelegten geographischen Geltungsbereiches

1. zu Wasser,
2. während des Zuwasserlassens und des Anlandholens,
3. während der Transporte einschließlich der Ladevorgänge sowie
4. während des Aufenthaltes an Land.

Art. 4 Umfang der Versicherung

1. Der Versicherer trägt - unter Berücksichtigung der Ausschlüsse gemäß Art. 5 - alle Gefahren, welchen die versicherten Sachen während der Dauer der Versicherung ausgesetzt sind.
 - a) Bei Verlust und/oder Beschädigung von Maschine oder Motor, einschließlich Getriebe, Batterie, Lichtmaschine und Anlasser leistet der Versicherer jedoch nur Ersatz, wenn sie durch Schiffsunfall, Sinken, Brand, Blitzschlag, Explosion, Erdbeben, Seebeben, vulkanische Ausbrüche oder sonstige Naturkatastrophen, Diebstahl, oder Raub verursacht worden sind.
 - b) Bei Transporten am Landweg leistet der Versicherer hingegen nur Ersatz für Verlust und/oder Beschädigung von versicherten Sachen, wenn sie durch Unfall, Brand, Blitzschlag, Explosion, Erdbeben, vulkanische Ausbrüche oder sonstige Naturkatastrophen, Diebstahl, oder Raub verursacht worden sind.

- c) Ein Unfall liegt dann vor, wenn ein plötzlich von außen kommendes Ereignis mit mechanischer Gewalt unmittelbar schädigend auf die versicherten Sachen einwirkt.
- 2 Der Versicherer ersetzt Aufwendungen des Versicherungsnehmers zur Abwendung oder Minderung eines Schadens, wenn der Schaden unmittelbar droht oder eingetreten ist, soweit der Versicherungsnehmer sie nach den Umständen geboten halten durfte.
- 3 Der Versicherer übernimmt die durch eine behördliche Anordnung entstehenden Berge- und Wrackbeseitigungskosten zusätzlich zur Gesamtversicherungssumme, maximal bis zu 50 % der Gesamtversicherungssumme, sofern ein nach diesen Bedingungen ersatzpflichtiger Schaden vorliegt.

Art. 5 Ausschlüsse

- 1 Soweit nichts anderes vereinbart ist, sind folgende Gefahren ausgeschlossen:
- a) Krieg, Bürgerkrieg, kriegsähnliche Ereignisse und die Gefahren, die sich unabhängig vom Kriegszustand aus der Verwendung oder dem Vorhandensein von Kriegswerkzeugen ergeben
 - b) Streik, Aussperrung, Aufruhr, Plünderung, Terrorismus, politische Gewalthandlungen, sonstige bürgerliche Unruhen, Sabotage
 - c) Beschlagnahme, Entziehung oder sonstiger Eingriffe von hoher Hand
 - d) Gebrauch oder Einsatz von chemischen, biologischen, biochemischen Substanzen oder elektromagnetischen Wellen als Waffen
 - e) Gebrauch oder Einsatz von Computern, Computersystemen, Computersoftwareprogrammen, Computerviren oder Prozessabläufen oder irgendeines anderen elektronischen Systems als Waffen
 - f) der Kernenergie und der Radioaktivität
 - g) der Veruntreuung
 - h) diejenigen Gefahren, gegen welche die Sachen anderweitig versichert sind (z.B. Feuer). Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, dem Versicherer auf Verlangen alle ihm über die anderweitige Versicherung zur Verfügung stehenden Nachweise zu liefern.

2 Soweit nichts anderes vereinbart ist, sind folgende Schäden ausgeschlossen:

- a) verursacht durch Konstruktions-, Fabrikations- oder Materialfehler an den unmittelbar betroffenen Teilen; wobei der gesamte Motor als ein Teil angesehen wird; jedoch sind Verlust oder Beschädigung der übrigen versicherten Sachen als unmittelbare Folge dieser Fehler im Umfang dieser Bedingungen versichert
- b) innere Betriebsschäden, es sei denn, dass sie im Zusammenhang mit einem ersatzpflichtigen Schaden eintreten
- c) verursacht durch gewöhnliche Witterungseinflüsse
- d) verursacht durch
 - Rost, Oxydation, Korrosion, Kavitation, Osmose
 - Alterung, Abnutzung
 - Fäulnis, Ungeziefer, Ratten, Mäuse und dergleichen
- e) Lack-, Kratz- und Schrammschäden
- f) durch behördliche oder gerichtliche Verfügung oder deren Vollstreckung
- g) verursacht durch Bearbeitung
- h) verursacht durch Abhandenkommen, Verlieren, Überbordgehen sowie einfachen Diebstahl loser bzw. nicht gesicherter Sachen (z.B. Außenbordmotor)
- i) während der Verwendung des Wassersportfahrzeuges bei einer wassersportlichen Veranstaltung (Regatten, Wertungsfahrten, Wettrennen und den dazugehörigen Trainingsfahrten,...)
- j) bei Überlassung an einen Dritten gegen Entgelt
- k) Wertminderung
- l) mittelbare Schäden aller Art

Art. 6 Verschulden

Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Versicherungsnehmer bzw. der Bootsführer oder einer der Insassen des versicherten Fahrzeuges den Versicherungsfall vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht.

Art. 7 Versicherungssumme, Versicherungswert, Unterversicherung

1 Die Versicherungssumme soll dem Versicherungswert entsprechen.

2 Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist der Versicherungswert der Zeitwert.

Der Zeitwert ist der Betrag, der allgemein erforderlich ist, um neue Sachen gleicher Art anzuschaffen, abzüglich eines dem Zustand der versicherten Sachen (Alter, Abnutzung, Gebrauch etc.) entsprechenden Betrages.

3 Wurde als Versicherungswert eine fixe Taxe gemäß § 57 VersVG vereinbart, erfolgt nach dem dritten Jahr nach erster Zulassung des Bootes bzw. nach Kauf des Neubootes eine Zeitwertabrechnung auf Basis eines Sachverständigengutachtens. In den ersten drei Jahren nach Erstzulassung bzw. nach Kauf des Neubootes ist der Versicherungswert der Neuwert der versicherten Sachen zum Zeitpunkt des Abschlusses der Versicherung.

4 Ist die Versicherungssumme niedriger als der Versicherungswert (Unterversicherung), ersetzt der Versicherer den Schaden nur im Verhältnis der Versicherungssumme zum Versicherungswert.

Art. 8 Prämie

- 1 Die erste oder einmalige Prämie, einschließlich Gebühren und Versicherungssteuer ist vom Versicherungsnehmer gegen Aushändigung der Polizze zu zahlen (Einlösung der Polizze). Die Folgeprämien einschließlich Gebühren und Versicherungssteuer sind zu den vereinbarten Fälligkeitsterminen zu entrichten.
- 2 Zahlungsverzug kann zur Leistungsfreiheit des Versicherers führen. Die Voraussetzungen und Begrenzungen der Leistungsfreiheit sind gesetzlich geregelt (§ 38, § 39 und § 39a VersVG im Anhang).
- 3 Der Versicherungsschutz tritt grundsätzlich mit Einlösung der Polizze in Kraft, jedoch nicht vor dem vereinbarten Versicherungsbeginn. Wird die Polizze erst danach ausgehändigt, dann aber die Prämie binnen 14 Tagen oder danach ohne schuldhaften Verzug gezahlt, ist der Versicherungsschutz ab dem vereinbarten Versicherungsbeginn gegeben.
- 4 Wird der Versicherungsvertrag während der Versicherungsperiode oder sonst vorzeitig aufgelöst, gebührt dem Versicherer die Prämie für die bis dahin verstrichene Vertragslaufzeit, soweit nicht Sonderbestimmungen anderes vorsehen.

Endet der Versicherungsvertrag vor Ablauf der Vertragszeit wegen Wegfalls des Interesses, gebührt dem Versicherer die Prämie, die er hätte erheben können, wenn die Versicherung nur bis zu dem Zeitpunkt beantragt worden wäre, in welchem der Versicherer von dem Wegfall des Interesses Kenntnis erlangt.

- 5 Soweit nichts anderes vereinbart ist, erfolgt für die Zeit des Stillliegens des versicherten Wassersportfahrzeuges keine Prämienrückgabe.

Art. 9 Anzeige von Gefahrumständen bei Vertragsabschluss

Der Versicherungsnehmer hat bei Vertragsabschluss alle ihm bekannten Umstände, die für die Übernahme der Gefahr erheblich sind, dem Versicherer anzuzeigen. Ein Umstand, nach welchem der Versicherer ausdrücklich und schriftlich gefragt hat, gilt im Zweifel als erheblich. Bei schuldhafter Verletzung dieser Pflicht kann der Versicherer vom Vertrag zurücktreten und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen von der Verpflichtung zur Leistung frei.

Art. 10 Gefahrerhöhung

- 1 Nach Vertragsabschluss darf der Versicherungsnehmer ohne Einwilligung des Versicherers keine Erhöhung der Gefahr vornehmen oder durch einen Dritten gestatten. Erlangt der Versicherungsnehmer davon Kenntnis, dass eine Erhöhung der Gefahr ohne sein Wissen oder ohne seinen Willen eingetreten ist, hat er dem Versicherer unverzüglich darüber schriftlich Anzeige zu erstatten.
- 2 Tritt nach dem Vertragsabschluss eine Erhöhung der Gefahr ein, kann der Versicherer kündigen. Verletzt der Versicherungsnehmer eine der in Abs. 1 genannten Pflichten, ist der Versicherer außerdem nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen von der Verpflichtung zur Leistung frei.
- 3 Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze finden auch Anwendung auf eine in der Zeit zwischen Stellung und Annahme des Versicherungsantrages eingetretene Erhöhung der Gefahr, die dem Versicherer bei der Annahme des Antrages nicht bekannt war.

Art. 11 Obliegenheiten zur Verminderung der Gefahr

Soweit nichts anderes vereinbart ist, werden als Obliegenheiten, die zum Zweck der Verminderung der Gefahr oder der Verhütung einer Erhöhung der Gefahr dem Versicherer gegenüber zu erfüllen sind und deren Verletzung im Zeitpunkt des Versicherungsfalles die Leistungsfreiheit des Versicherers (§ 6 Abs. 2 VersVG) bewirkt, bestimmt:

- 1 Das Wassersportfahrzeug ist von einer qualifizierten Person zu führen.
- 2 Das Wassersportfahrzeug ist zureichend zu bemannen und auszurüsten, sorgfältig zu warten und muss sich in einem see- bzw. fahrtüchtigen Zustand befinden.
- 3 Der Versicherungsnehmer hat gesetzliche oder behördliche Vorschriften, Anordnungen eines Beförderungsunternehmers, eines Lagerhalters oder einer Hafenverwaltung zu befolgen.

- 4 Das Wassersportfahrzeug ist sorgfältig zu vertäuen, zu verankern sowie gegen Wegnahme zu sichern. Das unbemannte Stillliegen vor offener Küste ist zu unterlassen.
- 5 Das Wassersportfahrzeug ist mit geeigneten Transportmitteln zu transportieren und hat die Be- und Entladung mit technisch geeigneten Ladehilfsmitteln zu erfolgen.
- 6 Das Wassersportfahrzeug ist bei einem Transport sachgemäß zu verladen, zu befestigen und gegen Wegnahme zu sichern.

Art. 12 Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

Soweit nichts anderes vereinbart ist, werden als Obliegenheit, deren Verletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles die Leistungsfreiheit des Versicherers (§ 6 Abs. 3 VersVG) bewirkt, bestimmt:

- 1 Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, für die Abwendung und Minderung eines Schadens zu sorgen und die Weisungen des Versicherers einzuholen und zu befolgen.
- 2 Schäden durch Brand, Explosion, Einbruchdiebstahl und Diebstahl sind unverzüglich der nächsten Sicherheitsdienststelle bzw. der zuständigen Hafenverwaltung unter Angabe der beschädigten bzw. gestohlenen Sachen anzuzeigen.
- 3 Der Versicherungsnehmer hat dem Versicherer jeden Schaden unverzüglich anzuzeigen.
- 4 Der Versicherungsnehmer hat dem Versicherer vor Beginn der Wiederinstandsetzung Gelegenheit zur Besichtigung und Feststellung des Schadens zu geben. Er hat über Verlangen dem Versicherer jede Auskunft zu erteilen und alle Belege zur Verfügung zu stellen, die für die Feststellung des Versicherungsfalles und des Umfangs der Leistungspflicht des Versicherers erforderlich sind.

Das sind insbesondere folgende Unterlagen bzw. Informationen:

- a) in jedem Fall:
 - Protokoll über Hergang, Ursache und Ausmaß des Schadens
 - Namen, Anschriften von allfälligen Beteiligten und Zeugen
 - Anschrift, Aktenzeichen der aufnehmenden Sicherheitsdienststelle bzw. Hafenverwaltung
 - Wertnachweise (z.B. Originalrechnungen)
 - Höhe des Schadens
- b) bei Transportschäden zusätzlich:
 - Beförderungspapiere (Originalfrachtbriefe, Ladescheine oder dergleichen)
 - schriftliche Abtretungserklärung des aus dem Beförderungsvertrag Berechtigten an den Versicherer
 - schriftliche Haftbarhaltung des Transportunternehmens, in dessen Gewahrsam sich die versicherten Sachen bei Eintritt des Versicherungsfalles befunden haben.
- 5 Steht dem Versicherungsnehmer ein Schadenersatzanspruch gegen einen Dritten zu, geht der Anspruch auf den Versicherer über, soweit dieser dem Versicherungsnehmer den Schaden ersetzt (§ 67 VersVG). Gibt der Versicherungsnehmer seinen Anspruch gegen den Dritten oder ein zur Sicherung des Anspruches dienendes Recht auf, wird der Versicherer von seiner Ersatzpflicht insoweit frei, als er aus dem Anspruch oder dem Recht hätte Ersatz erlangen können.

Art. 13 Ersatzleistung

1 Totalschaden

Gehen die versicherten Sachen total verloren oder werden sie dem Versicherungsnehmer ohne Aussicht auf Wiedererlangung entzogen oder sind sie in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit zerstört (wirtschaftlicher und/oder konstruktiver Totalschaden), ersetzt der Versicherer den auf sie entfallenden Teil des Versicherungswertes abzüglich des Wertes geretteter, verwertbarer Sachen (Restwert).

2 Teilschaden

Werden versicherte Sachen beschädigt, ersetzt der Versicherer die zum Zeitpunkt des Schadeneintrittes notwendigen Kosten für deren Wiederherstellung, jedoch nur bis zur Höhe der Ersatzleistung nach Totalschaden.

3 Der Versicherer ist nicht verpflichtet, die beschädigten versicherten Sachen oder Teile dieser zu übernehmen.

4 Die Fälligkeit der Leistungen des Versicherers bestimmt sich nach § 11 VersVG.

Wenn eine behördliche Untersuchung gegen den Versicherungsnehmer, den Bootsführer oder einen der Insassen des versicherten Fahrzeuges aus Anlass des Schadenfalles eingeleitet ist, kann der Versicherer die Zahlung bis zum Abschluss der Untersuchung verweigern.

5 Soweit nichts anderes vereinbart ist, wird für Segel und Persenninge, die älter als drei Jahre sind, kein Ersatz geleistet.

Art. 14 Selbstbehalt

Der Versicherungsnehmer trägt von jedem Schaden den vertraglich festgelegten Selbstbehalt.

Art. 15 Klagefrist

Der Versicherer ist von der Verpflichtung zur Leistung frei, wenn der Anspruch auf die Leistung nicht innerhalb eines Jahres gerichtlich geltend gemacht wird. Die Frist beginnt erst, nachdem der Versicherer dem Versicherungsnehmer gegenüber den erhobenen Anspruch unter Angabe der mit dem Ablauf der Frist verbundenen Rechtsfolge schriftlich abgelehnt hat. Die Frist ist für die Dauer von Vergleichsverhandlungen über den erhobenen Anspruch und für die Zeit, in der der Versicherungsnehmer ohne sein Verschulden an der rechtzeitigen gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs gehindert ist, gehemmt.

Art. 16 Kündigung

Im Schadenfall sind beide Vertragspartner berechtigt, spätestens einen Monat nach Anerkennung oder Ablehnung des Schadens den Vertrag schriftlich zu kündigen.

Der Versicherer hat eine Kündigungsfrist von einem Monat einzuhalten.

Der Versicherungsnehmer kann nicht für einen späteren Zeitpunkt als den Schluss der laufenden Versicherungsperiode kündigen.

Art. 17 Vertragsdauer

Soweit nichts anderes vereinbart ist, verlängern sich Versicherungsverträge von ein- oder mehrjähriger Dauer um jeweils ein Jahr, wenn sie nicht spätestens drei Monate vor dem jeweiligen Ablauf von einem der beiden Vertragspartner schriftlich gekündigt werden.

Art. 18 Sachverständigenverfahren

- 1 Im Streitfall ist die Höhe des Schadens durch Sachverständige festzustellen.
- 2 Der Versicherer und der Versicherungsnehmer oder Versicherte haben unverzüglich je einen Sachverständigen zu ernennen und die Ernennung der gegnerischen Partei mitzuteilen. Die Partei, die ihren Sachverständigen bekanntgegeben hat, kann die säumige Partei schriftlich unter Mitteilung der Folge der Unterlassung auffordern, ihren Sachverständigen innerhalb zweier Wochen nach Zugang der Aufforderung zu bestimmen. Unterbleibt die Ernennung, kann die auffordernde Partei den gegnerischen Sachverständigen durch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft - hilfsweise durch die diplomatische oder konsularische Vertretung der Republik Österreich, in deren Bereich sich die Sachen befinden - ernennen lassen. Können sich die Sachverständigen über die Feststellung der Schadenhöhe nicht einigen oder wünschen sie von vornherein die Mitwirkung eines dritten Sachverständigen, ernennen sie gemeinschaftlich diesen Sachverständigen als Obmann, mit dem zusammen sie nach Stimmenmehrheit zu entscheiden haben. Erfolgt keine Einigung über die Person des Obmannes, wird dieser durch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft bestimmt.
- 3 Die Ablehnung eines Sachverständigen unterliegt den Normen der Zivilprozessordnung.
- 4 Die Sachverständigen haben den Schaden zu besichtigen, ihn festzustellen und hierüber ein schriftliches Gutachten zu erstatten. Zu der Besichtigung sind, soweit möglich und wirtschaftlich vertretbar, die Beteiligten beizuziehen.
- 5 Die von den Sachverständigen getroffene Entscheidung ist nicht verbindlich, wenn sie offenbar von der wirklichen Sachlage erheblich abweicht. Die Feststellung erfolgt in diesem Fall durch gerichtliches Urteil.
- 6 Jede Partei trägt die Kosten ihres Sachverständigen; die Kosten des Obmannes tragen beide Parteien je zur Hälfte.

Art. 19 Gerichtsstand

Für Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrag wird streitwertabhängig entweder das Bezirksgericht Meidling oder das Landesgericht Wien, bzw. bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern das Handelsgericht Wien vereinbart.

Ist der Versicherungsnehmer Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes, dann kann er Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag auch bei den Gerichten geltend machen, in deren Sprengel er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hat.

ANHANG

Auszug aus dem Bundesgesetz vom 2. Dezember 1958 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz 1958) BGBl 1959/2 idF BGBl 1993/89 und 1994/509

- § 6. (1) Ist im Vertrag bestimmt, dass bei Verletzung einer Obliegenheit, die vor dem Eintritt des Versicherungsfalles dem Versicherer gegenüber zu erfüllen ist, der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei sein soll, so tritt die vereinbarte Rechtsfolge nicht ein, wenn die Verletzung als eine unverschuldete anzusehen ist. Der Versicherer kann den Vertrag innerhalb eines Monats, nachdem er von der Verletzung Kenntnis erlangt hat, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, es sei denn, dass die Verletzung als eine unverschuldete anzusehen ist. Kündigt der Versicherer innerhalb eines Monats nicht, so kann er sich auf die vereinbarte Leistungsfreiheit nicht berufen.
- (1a) Bei der Verletzung einer Obliegenheit, die die dem Versicherungsvertrag zugrundeliegende Äquivalenz zwischen Risiko und Prämie aufrechterhalten soll, tritt die vereinbarte Leistungsfreiheit außerdem nur in dem Verhältnis ein, in dem die vereinbarte hinter der für das höhere Risiko tarifmäßig vorgesehenen Prämie zurückbleibt. Bei der Verletzung von Obliegenheiten zu sonstigen bloßen Meldungen und Anzeigen, die keinen Einfluss auf die Beurteilung des Risikos durch den Versicherer haben, tritt Leistungsfreiheit nur ein, wenn die Obliegenheit vorsätzlich verletzt worden ist.
- (2) Ist eine Obliegenheit verletzt, die vom Versicherungsnehmer zum Zweck der Verminderung der Gefahr oder der Verhütung einer Erhöhung der Gefahr dem Versicherer gegenüber - unabhängig von der Anwendbarkeit des Abs. 1a - zu erfüllen ist, so kann sich der Versicherer auf die vereinbarte Leistungsfreiheit nicht berufen, wenn die Verletzung keinen Einfluss auf den Eintritt des Versicherungsfalles oder soweit sie keinen Einfluss auf den Umfang der dem Versicherer obliegenden Leistung gehabt hat.
- (3) Ist die Leistungsfreiheit für den Fall vereinbart, dass eine Obliegenheit verletzt wird, die nach dem Eintritt des Versicherungsfalles dem Versicherer gegenüber zu erfüllen ist, so tritt die vereinbarte Rechtsfolge nicht ein, wenn die Verletzung weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruht. Wird die Obliegenheit nicht mit dem Vorsatz verletzt, die Leistungspflicht des Versicherers zu beeinflussen oder die Feststellung solcher Umstände zu beeinträchtigen, die erkennbar für die Leistungspflicht des Versicherers bedeutsam sind, so bleibt der Versicherer zur Leistung verpflichtet, soweit die Verletzung weder auf die Feststellung des Versicherungsfalles noch auf die Feststellung oder den Umfang der dem Versicherer obliegenden Leistung Einfluss gehabt hat.
- (4) Eine Vereinbarung, nach welcher der Versicherer bei Verletzung einer Obliegenheit zum Rücktritt berechtigt sein soll, ist unwirksam.
- (5) Der Versicherer kann aus einer fahrlässigen Verletzung einer vereinbarten Obliegenheit Rechte nur ableiten, wenn dem Versicherungsnehmer vorher die Versicherungsbedingungen ausgefolgt worden sind oder ihm eine andere Urkunde ausgefolgt worden ist, in der die Obliegenheit mitgeteilt wird.
- § 11. (1) Geldleistungen des Versicherers sind mit Beendigung der zur Feststellung des Versicherungsfalles und des Umfangs der Leistung des Versicherers nötigen Erhebungen fällig. Die Fälligkeit tritt jedoch unabhängig davon ein, wenn der Versicherungsnehmer nach Ablauf zweier Monate seit dem Begehren nach einer Geldleistung eine Erklärung des Versicherers verlangt, aus welchen Gründen die Erhebungen noch nicht beendet werden konnten, und der Versicherer diesem Verlangen nicht binnen eines Monats entspricht.
- (2) Sind diese Erhebungen bis zum Ablauf eines Monats seit der Anzeige des Versicherungsfalles nicht beendet, so kann der Versicherungsnehmer in Anrechnung auf die Gesamtforderung Abschlagszahlungen in der Höhe des Betrages verlangen, den der Versicherer nach Lage der Sache mindestens zu zahlen hat.
- (3) Der Lauf der Frist des Abs. 2 ist gehemmt, solange die Beendigung der Erhebungen infolge eines Verschuldens des Versicherungsnehmers gehindert ist.
- (4) Eine Vereinbarung, durch welche der Versicherer von der Verpflichtung, Verzugszinsen zu zahlen, befreit wird, ist unwirksam.
- § 38. (1) Ist die erste oder einmalige Prämie innerhalb von 14 Tagen nach dem Abschluss des Versicherungsvertrags und nach der Aufforderung zur Prämienzahlung nicht gezahlt, so ist der Versicherer, solange die Zahlung nicht bewirkt ist, berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Es gilt als Rücktritt, wenn der Anspruch auf die Prämie nicht innerhalb dreier Monate vom Fälligkeitstag an gerichtlich geltend gemacht wird.
- (2) Ist die erste oder einmalige Prämie zur Zeit des Eintritts des Versicherungsfalles und nach Ablauf der Frist des Abs. 1 noch nicht gezahlt, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, dass der Versicherungsnehmer an der rechtzeitigen Zahlung der Prämie ohne sein Verschulden verhindert war.

- (3) Die Aufforderung zur Prämienzahlung hat die im Abs. 1 und 2 vorgesehenen Rechtsfolgen nur, wenn der Versicherer den Versicherungsnehmer dabei auf diese hingewiesen hat.
 - (4) Die Nichtzahlung von Zinsen oder Kosten löst die Rechtsfolgen der Abs. 1 und 2 nicht aus.
- § 39. (1) Wird eine Folgeprämie nicht rechtzeitig gezahlt, so kann der Versicherer dem Versicherungsnehmer auf dessen Kosten schriftlich eine Zahlungsfrist von mindestens zwei Wochen bestimmen; zur Unterzeichnung genügt eine Nachbildung der eigenhändigen Unterschrift. Dabei sind die Rechtsfolgen anzugeben, die nach Abs. 2 und 3 mit dem Ablauf der Frist verbunden sind. Eine Fristbestimmung, ohne Beachtung dieser Vorschriften, ist unwirksam.
- (2) Tritt der Versicherungsfall nach dem Ablauf der Frist ein und ist der Versicherungsnehmer zur Zeit des Eintrittes mit der Zahlung der Folgeprämie im Verzug, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, dass der Versicherungsnehmer an der rechtzeitigen Zahlung ohne sein Verschulden verhindert war.
 - (3) Der Versicherer kann nach dem Ablauf der Frist das Versicherungsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn der Versicherungsnehmer mit der Zahlung im Verzug ist. Die Kündigung kann bereits mit der Bestimmung der Zahlungsfrist so verbunden werden, dass sie mit Fristablauf wirksam wird, wenn der Versicherungsnehmer in diesem Zeitpunkt mit der Zahlung im Verzug ist; darauf ist der Versicherungsnehmer bei der Kündigung ausdrücklich aufmerksam zu machen. Die Wirkungen der Kündigung fallen fort, wenn der Versicherungsnehmer innerhalb eines Monats nach der Kündigung oder, falls die Kündigung mit der Fristbestimmung verbunden worden ist, innerhalb eines Monats nach dem Ablauf der Zahlungsfrist die Zahlung nachholt, sofern nicht der Versicherungsfall bereits eingetreten ist.
 - (4) Die Nichtzahlung von Zinsen oder Kosten löst die Rechtsfolgen der Abs. 1 bis 3 nicht aus.
- § 39a. Ist der Versicherungsnehmer bloß mit nicht mehr als 10 vH der Jahresprämie, höchstens aber mit 60 Euro im Verzug, so tritt eine im § 38 oder § 39 vorgesehene Leistungsfreiheit des Versicherers nicht ein.
- § 57 Der Versicherungswert kann durch Vereinbarung auf einen bestimmten Betrag (Taxe) festgesetzt werden. Die Taxe gilt auch als der Wert, den das versicherte Interesse zur Zeit des Eintrittes des Versicherungsfalles hat, es sei denn, dass sie den wirklichen Versicherungswert in diesem Zeitpunkt erheblich übersteigt. Ist die Versicherungssumme niedriger als die Taxe, so haftet der Versicherer, auch wenn die Taxe den Versicherungswert erheblich übersteigt, für den Schaden nur nach dem Verhältnis der Versicherungssumme zur Taxe.
- § 62. (1) Der Versicherungsnehmer ist verpflichtet, beim Eintritt des Versicherungsfalles nach Möglichkeit für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen und dabei die Weisungen des Versicherers zu befolgen; er hat, wenn die Umstände es gestatten, solche Weisungen einzuholen. Sind mehrere Versicherer beteiligt und haben diese entgegenstehende Weisungen gegeben, so hat der Versicherungsnehmer nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen zu handeln.
- (2) Hat der Versicherungsnehmer diese Verpflichtung verletzt, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, es sei denn, dass die Verletzung weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruht. Bei grobfahrlässiger Verletzung bleibt der Versicherer zur Leistung insoweit verpflichtet, als der Umfang des Schadens auch bei gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen nicht geringer gewesen wäre.
- § 67. (1) Steht dem Versicherungsnehmer ein Schadenersatzanspruch gegen einen Dritten zu, so geht der Anspruch auf den Versicherer über, soweit dieser dem Versicherungsnehmer den Schaden ersetzt. Der Übergang kann nicht zum Nachteil des Versicherungsnehmers geltend gemacht werden. Gibt der Versicherungsnehmer seinen Anspruch gegen den Dritten oder ein zur Sicherung des Anspruches dienendes Recht auf, so wird der Versicherer von seiner Ersatzpflicht insoweit frei, als er aus dem Anspruch oder dem Recht hätte Ersatz erlangen können.
- (2) Richtet sich der Ersatzanspruch des Versicherungsnehmers gegen einen mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen, so ist der Übergang ausgeschlossen; der Anspruch geht jedoch über, wenn der Angehörige den Schaden vorsätzlich verursacht hat.